Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefftr. ins Haus gebr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 27 — Sonnabend, 1. Februar — 1919

Neueste Nachrichten.

Bromberger Tagesbericht.

Bromberg, 31. Januar (Dr.) Amtlich. Im weiteren Verlauf der Gefechte wurden Gromaden, Friedberg und Groß-Neudorf von unseren Truppen genommen. Mehrere Maschinengewehre, zwei Tankgewehre, eine große Menge Munition und sonstiges Kriegsmaterial wurde eingebracht.

Die Deutsche Waffenstillstands-kommission gegen französische Willkür.

Berlin, 30 Januar (Dr.) Nachdem der deutschen Waffenstillstandskommission bekannt geworden ist, daß die Anlagen der Thyssen-Stahlwerke in Straßburg von den französischen Verwaltungsbehörden unter Zwangsverwaltung gestellt worden sind, hat sie in Spaa gegen diese Verletzung des Waffenstillstandsabkommens Einspruch erhoben.

Zur Lebensmittellieferung an Deutschland.

Berlin, 30 Januar. (Dr) Zur Führung der weiteren Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist in Berlin eine Kommission gebildet worden, an der auch 2 Vertreter der ärztlichen Wissenschaft teilnehmen sollen. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa hat die Ententevertreter gebeten, bei der Zusammensetzung der Gegenkommission gleichfalls eine Beteiligung von Gelehrten und Aerzten zu erreichen.

Der bayrische Vertreter in Berlin.

München, 30. Januar (Dr.) Dr. Conrad Richard von Preger, Generalstaatsanwalt am Verwaltungsgerichtshof, ist auf den Posten eines Gesandten bei der preußischen Regierung berufen worden.

Von der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern.

Bern, 30. Januar. (Dr) Schweizerische Depeschenagentur. Der Sitzung, die von zahlreichen anwesenden Delegierten zur internationalen sozialistischen Konferenz heute vormittag unter Vorsitz Brantings abgehalten wurde, wohnte neben sonstigen bekannten Persönlichkeiten u. a. der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner bei. Die Erörterung drehte sich hauptsächlich um die programmatische Erklärung, die zur Arbeiterschutzfrage angenommen wird. Am Schluß teilte Huysmann mit, daß die erste Vollsitzung der Konferenz am Montag stattfinde.

Beratungen der alliierten Mächte in Paris.

Paris, 31. Januar. (Dr.) Amtlicher Bericht. Präsident Wilson, die Premierminister und Minister des Aeußeren von Amerika, Groß Britannien, Frankreich und Italien sowie die Vertreter Japans hielten am Donnerstag zwei Sitzungen ab. Der Gedankenaustausch über den Stillen Ozean und Afrika ging in Anwesenheit der Vertreter der Dominien, des französischen Kolonialministers Simon und Salvago Ragis weiter. Ein zufriedenstellendes vorläufiges Abkommen ist über die hinsichtlich der deutschen Kolonien und der besetzten Gebiete in der asiatischen Türkei notwendigen Grundsätze getroffen worden. Am Nachmittag war die belgische Abordnung anwesend. Huysmann, van der Velde und van der Heuvel setzten den belgischen Standpunkt hinsichtlich des Kongo auseinander. Außerdem wurde entschieden, daß die militärischen Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte und der Oberste Kriegsrat in Versailles aufgefordert werden sollen, einen Bericht über die beste und sachgemäßeste Verteilung der für die Aufrechterhaltung der Ordnung im besetzten Gebiet notwendigen Streitkräfte einzuleiten. Nächste Sitzung Freitag nachmittag.

Die vorläufige Reichsverfassung.

Zwischen der Gegenwart revolutionärer Verhältnisse und der hoffentlich recht baldigen Zukunft verfassungsmäßiger Zustände tat sich eine Lücke auf, die der soeben veröffentlichte Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt auszufüllen bestimmt ist. Dieser Entwurf faßt in neun Paragraphen kurz die Richtlinien zusammen, nach denen die Reichspolitik bis zur endgültigen und abschließenden Regelung geführt werden soll, und stellt im ersten Paragraph zunächst einmal den Umfang der Befugnisse der Nationalversammlung grundsätzlich dahin fest, daß Weimar außer über die künftige Reichsverfassung auch über sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen habe. Es bezieht sich das wohl darauf, daß man den Gang der Verhandlungen in Weimar vorerst noch nicht vorauszusehen vermag u. daß vor der Verabschiedung der Verfassung möglicherweise die Friedensfrage dringlich werden könnte. Der § 2 umschreibt dann den Geschäftsbereich des neuen bundesstaatlichen Ausschusses, des revolutionsmäßigen Ersatzes des früheren Bundesrats. Die Veränderungen gegenüber diesem Bundesrat bestehen in einer andern Gruppierung der Stimmen, sodaß die einstige preußische Mehrheit ausgeschaltet ist und ferner der preußische Vorsitz durch den Vorsitz seitens der Reichsregierung abgelöst wird. Revolutionsmäßig wirkt auch die Bestimmung, daß bei Abänderung eines Gesetzentwurfes durch den Ersatz-Bundesrat und bei Ablehnung der Abänderungen durch die Reichsregierung, beide Faktoren der provisorischen Regierung mit ihren Entwürfen an die Nationalversammlung herantreten können. Der nächste § 3 enthält die Selbstverständlichkeit, daß Mitglieder der Reichsleitung und des neuen Staatenausschusses in der Nationalversammlung jederzeit das Wort ergreifen können. § 4 wiederholt die Erklärung der Preußischen Denkschrift zu dem Verfassungsentwurf des Reichsamts des Innern, wonach der Gebietszustand der Freistaaten nur mit deren Zustimmung geändert werden kann und mildert damit gleichzeitig die Besorgnisse hinsichtlich einer Zerstückelung Preußens. Die folgenden Paragraphen enthalten Bestimmungen, die wesentlich Neues nicht bringen, wie z. B. daß Kriegserklärungen und Friedensschluß durch Reichsgesetz erfolgen und Verträge der Zustimmung der Nationalversammlung bedürfen. Die Geschäfte des Reiches sollen bis zum Amtsantritt des endgültigen Reichspräsidenten durch einen vorläufigen Reichspräsidenten geführt werden, dessen Wahl durch die Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgt. Auch hier war die Ueberlegung maßgebend, daß das Reich in der Zwischenzeit eine entsprechende Vertretung nach außen braucht, weil wir nicht abmessen können, wann wir zur Friedensfrage Stellung zu nehmen haben. Das ist auch der Grund, weswegen man eine rasche Erledigung dieser ganzen Frage in parlamentarischer Hinsicht erwarten darf. Es handelt sich wie gesagt nur um Maßnahmen für eine ganz bestimmte Zeit und es werden durch sie künftige Beschlüsse verfassungsgemäßer Art in keiner Weise vorweg genommen. Erreichen wir mit Hilfe des Entwurfes, daß gewisse Gegensätze zwischen Freistaaten und Reich, die in der letzten Zeit mehrfach ziemlich scharf hervortraten, ausgeglichen werden, so mag es auch mit diesem Notbau einer Verfassung so hingehen. Ungewöhnliche Zeiten verlangen ungewöhnliche Mittel.

Unsere Ostfront.

Danzig, 29. Januar. In der Berliner „Germania“ schreibt Generalmajor z. D. Kolbe über die Verhältnisse an unserer Ostfront u. a.: In unerhörter Weise hat das Volk, dem wir seine Freiheit erst durch teueres deutsches Blut erkämpft haben, seine Ausdehnungsbestrebungen auch auf die deutschen Ostprovinzen fortgesetzt. Es sind nicht reguläre polnische Truppen, die unsere Ostmarken zu erobern sich anschicken, wenigstens bilden sie nicht die Masse des dort operierenden polnischen Heeres, sondern leider deutschen Mannschaften, die vordem als unsere Soldaten in unseren Regimentern standen. Mit Rock und Wehr haben sie sich der polnischen Bewegung angeschlossen und mit unserem Pulver und Blei verüben sie die Schandtaten gegen die friedlichen deutschen Bewohner.

Posen, die Hauptstadt der Provinz, ist fest in polnischen Händen. Zielbewußt versteht es die polnische Leitung, die Bewegung immer weiter vorzutreiben. Die Polen bedrohen nicht nur Westpreußen hinter der Weichsel von Süden und Schlesien von Norden her, sondern auch die Provinz Brandenburg. Küstrin ist nur noch 90 Kilom. von Birnbaum, Frankfurt a. O. von Bentschen fast ebensoweit entfernt, und Berlin, die Hauptstadt des Reiches, liegt von der neuen gegnerischen Flutwelle ungefähr 80 Kilom. ab.

Nichts oder doch nur wenig hatte die oberste deutsche Behörde getan, der polnischen Bewegung entgegenzutreten. Vergeblich waren die Bemühungen des Unterstaatssekretärs von Gerlach gewesen und ebenso die des Ministers Ernst, der schließlich keinen anderen Ausweg wußte, als den, den unterdrückten Deutschen die Selbsthilfe anzuraten.

Jetzt erst, da die Gefahr bedrohlich geworden ist, hat man sich zu energischem Handeln entschlossen und begonnen, freiwillige Truppenkorps aufzustellen. Sie sollen unter dem Befehl des Feldmarschalls v. Hindenburg gestellt werden, um zum Schutze unserer östlichen Provinzen den Machenschaften wirksam entgegenzutreten. Unter seinem Befehl werden die Armeen „Nord“ in Königsberg unter General der Infanterie v. Quast mit seinem Generalstabschef General der Infanterie v. Seekt, und „Sud“ in Breslau unter Generalfeldmarschall v. Woyrsch mit seinem Generalstabschef General der Infanterie v. Loßberg zusammentreten, während die Armee v. Falkenhayn in Grodno im A. O.-K. „Nord“ in Königsberg unterstellt wird.

Ein deutscher Vorschlag an die Waffenstillstandskommission zur Behebung der Kohlennot im Osten.

Berlin, 30. Januar. (Dr.) Die außerordentliche Kohlenknappheit im Osten Deutschlands veranlaßte die deutsche Waffenstillstandskommission an Admiral Browning ein Telegramm zu richten, in dem es nach Hervorhebung des vollkommenen Zusammenbruchs der Eisenbahntransportlage heißt: Abhilfe kann durch Kohlentransporte seewärts erfolgen. Als Abgangshäfen kämen die Städte Bremen, Emden und Stettin, als Bestimmungshäfen Danzig und Königsberg in Betracht. Es wird gebeten, für die hierfür in Frage kommenden Kohlentransportdampfer, die laufend angemeldet werden sollen, Geleitscheine zu bekommen. Sofortige Entscheidung ist dringend notwendig.

Beschaffung landwirtschaftlichen Siedlungslandes.

Berlin, 30. Januar. (Dr.) Die Reichsregierung und der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts erließen unter dem 29. 1. eine mit dem Tage der Verkündung in Kraft tretende Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, aus der hervorgehoben sei:

Die Bundesstaaten sind verpflichtet, zur Schaffung neuer Ansiedlungen gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zu gründen, soweit solche nicht vorhanden sind. Der Geschäftsbezirk der Unternehmungen (Ansiedlungsbezirk) wird durch die Landeszentralbehörde bestimmt.

Staatsdomänen sind bei Ablauf des Pachtvertrages den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen zu höchstens dem Ertragswert zum Kauf anzubieten.

Das gemeinnützige Siedlungsunternehmen ist berechtigt, unbewirtschaftetes oder im Wege der dauernden Brennkultur oder zur Torfnutzung verwandtes Moorland oder Oedland für Besiedlungszwecke im Enteignungswege in Anspruch zu nehmen.

Das gemeinnützige Siedlungsunternehmen hat ein Ankaufsrecht auf die in seinem Bezirk gelegenen landwirtschaftlichen Grundstücke im Umfange von 20 Hektar aufwärts oder Teile von solchen Grundstücken.

In den Ansiedlungsbezirken sind nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1907 die Eigentümer den großen Güter zu Land-Lieferungsverbänden zusammenzuschließen. Diese sind rechtsfähig. Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Staatsdomänen wird nur für die Ermittlung des Hundertsatzes mitgezählt. Die näheren Bestimmungen erlassen die Bundesstaaten.

Die Landeszentralbehörden können die Aufgaben der Landlieferungsverbände auch für alle Fälle insbesondere auf bestehende landwirtschaftliche Organisationen (Landschaften) übertragen. Der Landlieferungsverband hat auf Verlangen des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens das Verkaufsrecht auf alle großen Güter seines Bezirks. Er muß das Verkaufsrecht auf Verlangen des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens ausüben. Die Ausübung des Verkaufsrechts kann erst dem gemeinnützigen Siedlungsunternehmen mit dessen Zustimmung allgemein oder für den einzelnen Fall übertragen werden.

Wo ein dringendes, auf andere Weise zweckmäßig nicht zu befriedigendes Bedürfnis nach besiedlungsfähigem Land besteht, hat der Landlieferungsverband das Recht, geeignetes Siedlungsland aus dem Besitzstand der großen Güter gegen angemessene Entschädigung im Wege der Enteignung in Anspruch zu nehmen.

Die Fälle, in denen die Landlieferungsverbände besiedlungsfähige große Güter namentlich auch mit Hilfe der Enteignung erwerben sollen, werden im einzelnen aufgezählt.

Anwärter von Fideikommissen können einer Uebertragung an den Landlieferungsverband nicht widersprechen.

Das gemeinnützige Siedlungsunternehmen hat ein Wiederkaufsrecht für die von ihm begründeten Ansiedlerstellen, wenn der Ansiedler sie ganz oder teilweise veräußert oder vergibt oder wenn er sie nicht dauernd bewohnt oder bewirtschaftet.

Landgemeinden oder Gutsbezirke können durch Anordnung der von der Landeszentralbehörde zu bezeichnenden Stelle verpflichtet werden, denjenigen Arbeitern, welche im landwirtschaftlichen Betriebe ihres Bezirks ständig beschäftigt sind, auf ihren Wunsch Gelegenheit zur Pacht oder sonstigen Nutzung von Land für den Bedarf des Haushalts zu geben.

Ist das nötige Pacht- oder Nutzland auf andere Weise nicht zu beschaffen, so kann die Landgemeinde es im Wege der Zwangspachtung oder Enteignung in Anspruch nehmen.

Um Brot zu schaffen.

Im Vorwärts wird unter der Ueberschrift: „Was jetzt getan werden muß, um rasch Brot zu schaffen“ von Erwin Barth geschrieben: Es handelt sich um schnellste Bereitstellung neuen Kulturlandes in großem Stil, um unsern Nahrungsmittelspielraum zu erweitern und um den Hauptteil der jetzt brachliegenden Arbeitskräfte nutzbringend zu beschäftigen. Aus der Gewinnung von neuem landwirtschaftlichem Nutzland solle eine neue Industrie gemacht werden, die uns die unproduktiven Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen erspart. Es handelt sich darum, möglichst rasch ertragbringendes Ackerland bereitzustellen und schon für die nächste Ernte Vorteile zu schaffen. Sobald genügend Land aufbereitet ist, muß an die Herstellung der ersten Bauernstellen gegangen werden.

Ein neues Arbeitskammergesetz?

Wie verschiedene Blätter melden, plant die Reichsregierung die Schaffung eines neuen

Arbeitskammergesetzes. Sie habe die zuständigen Minister der Einzelstaaten deshalb zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen.

Gegen die Loslösung der Rheinlande.

In Köln fand eine außerordentlich stark besuchte Versammlung statt in der Redner aller Parteien sich energisch gegen eine Loslösung der Rheinlande von Deutschland erklärten.

Der Mangel an Eisenbahnbetriebsmitteln.

Essen, 29 Januar. Die Eisenbahndirektion Essen gibt zu dem Wagenmangel im Ruhrbezirk folgende Erklärung: In den letzten Wochen sind allein aus den Beständen des Direktionsbezirks Essen etwa 24000 leere Wagen den feindlichen Mächten vorgeführt worden. Da die durchschnittliche Umlaufszeit eines im Betrieb befindlichen Wagens etwa vier Tage beansprucht, so bedeutet das zurzeit einen täglichen Ausfall von rund 6000 Waggons. Ferner müssen aus den Beständen unseres Bezirks täglich 1300 Waggons für die Entente ausgesondert und abgefahren werden. Da unsere Gegner die weitgehenden Forderungen inbezug auf die Beschaffenheit stellen, so müssen, um die erforderlichen einwandsfreien Wagen auszusondern, täglich etwa viermal soviel Wagen dem Betrieb entzogen werden, als zur Uebergabe vorgesehen sind. Es müssen also im Bezirk Essen täglich etwa 5200 Waggons dem Betrieb entzogen werden, um 1300 zur Uebergabe bereitzustellen. Nach vorstehenden Ausführungen wird somit allein der Wagenpark im Ruhrbezirk jetzt täglich um 6000 und 5200 gleich 11200 geschädigt. Da in letzter Zeit bei einer durchschnittlichen Wagenanforderung für Kohlen und Koks von 15000 bis 21000 Wagen etwa 9000 bis 10000 rechtzeitig gestellt werden konnten, so würden, wenn die 11200 Wagen nicht fehlen würden, somit die jetzigen Anforderungen ohne jede Einschränkung erfüllt werden können.

Außer dem Bezirk Essen werden auch die übrigen Eisenbahndirektionsbezirke in entsprechendem Maße mit der Abgabe von Wagen an die feindlichen Mächte seit Wochen in Anspruch genommen. Auch ist die Zuführung von leeren Waggons aus dem besetzten Gebiet, aus dem sonst ein erheblicher Zulauf erfolgte, von den Feinden fast völlig unterbunden.

Zudem machen sich die Folgen, welche die Abgabe von 5000 Lokomotiven auf den Betrieb ausübt, von Tag zu Tag in gesteigertem Maße fühlbar. Die Entziehung einer so überaus großen Zahl von Lokomotiven und zwar der besten wirkt auf die gesamte Betriebsführung schwer behindernd.

Wir sind deswegen auch zurzeit häufig nicht in der Lage, die gleichmäßige Verteilung des vorhandenen, völlig unzureichenden Leermaterials auf die einzelnen Verbrauchsstellen durchzuführen. Der Mangel an Lokomotivkraft behindert die Leerwagenbehebung auf das Empfindlichste und zwingt dazu, in vielen Fällen ohne Rücksicht auf die Notlage einzelner Anlagen, das Leermaterial da zur Verfügung zu stellen, wo es aufkommt.

Die Reichsregierung gegen widerspenstige Soldatenräte.

Berlin, 30. Januar. (Drahtnachricht) Die „Freiheit“ veröffentlichte ein Telegramm aus Hamburg, die Reichsregierung habe die Bestimmungen des Kriegsministers über die Kommandogewalt und die Soldatenräte für den Bereich des 9. A.-K. aufgehoben. Diese Meldung ist erfunden. Nach einer Besprechung mit Mitgliedern des Zentralrats des 9. A.-K. hat Staatssekretär Noske die Frage nach der Aufhebung der Bestimmungen mit einem kategorischen „Nein“ beantwortet. Richtig ist lediglich, daß der Altonaer Soldatenrat ebenso wie andere Soldatenräte Verordnungen der Regierung und des Zentralrats nicht beachten wollen. Die Regierung wird, falls diese Weigerung fortbestehen sollte, mit allem Nachdruck auf die Innehaltung ihrer Anordnungen zu bestehen wissen.

Weimar und die Ernährungsfrage.

Weimar, 30. Januar. (Drahtnachricht.) Die Ernährungsfrage für die während der Nationalversammlung in Weimar beruflich anwesenden Personen ist insofern geregelt, als vom 2. Februar ab ein vereinfachtes Kartensystem eingeführt wird. Die Ankommenden erhalten für die erste Woche ein Heftchen, in dem für jeden Tag die Karte für ein Frühstück, ein Mittagessen und ein Abendbrot enthalten sind. Die Teile für die einzelnen Mahlzeiten sind in allen Gasthöfen behördlich festgesetzt. Alle Eintreffenden haben ihre Brot-, Fleisch- und Zuckermarken mitzubringen. Das gilt auch für Selbstversorger, wie die Herren Abgeordneten, Regierungsvertreter usw.

Die Besetzung von Kehl.

Kehl, 30. Januar. (Drahtnachricht.) Nachdem bereits gestern abend der Bahnhof und das Postamt durch französische Wachtposten besetzt worden waren, ist heute das Gros der französischen Besatzungstruppe 8 Uhr vormittags in Kehl eingerückt und hat die Umgebung von Kehl entsprechend den in der Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages festgesetzten Linien besetzt. Der Eisenbahn-, Post- und Fernsprechverkehr ruht.

Der südbadische Warenverkehr ist durch die französische Besetzung von Kehl stark gefährdet worden. Die Deutsche Waffenstillstandskommission hat Schritte unternommen, um die Besetzung des Kehler Kohlenhafens und den Warenaustausch zwischen Kehl und dem badischen Hinterland auch fernerhin zu sichern.

Die Absichten der Feinde auf die deutschen Kolonien.

Obschon die Meldungen aus Paris in der Auslandspresse über die Absichten der Alliierten auf die deutschen Kolonien keinerlei amtlichen Charakter haben, lassen sie doch, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung halbamtlich schreibt mit einiger Gewißheit darauf schließen, daß bei führenden britischen und französischen Staatsmännern die Absicht besteht, eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte zu verhindern. Demgegenüber müsse die deutsche Regierung erneut darauf hinweisen, daß die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der kolonialen Frage auch von den Alliierten ohne Einschränkung angenommen worden seien. Für Deutschlands Ausschließung vom kolonialen Besitz liege, wie es weiter heißt, keinerlei Grund vor. Die Behauptungen Deutschland könne seinen kolonialen Besitz zu U-Boots-Stützpunkten und Flottenstationen benutzen, entbehre jeder Begründung. Die Meldungen ausländischer Blätter, das auch Wilson dem Vorschlag der Alliierten zugestimmt habe, dürfe nicht den Tatsachen entsprechen. Es sei nicht anzunehmen, daß Präsident Wilson seine eigenen Grundsätze preisgebe.

Ersatzansprüche norwegischer Seeleute.

Wie der „Vossischen Zeitung“ berichtet wird, forderte der norwegische Steuermannsverein, daß Deutschland für jeden während des Krieges getöteten Steuermann 80000 Kronen Schadenersatz zahlen solle. Bevor diese Schuld bezahlt sei, wollten die norwegischen Seeleute keine Lebensmittel nach Deutschland fahren.

Die Engländer gegen die Unabhängigkeitsbewegung der Buren.

London, 30. Januar. (Drahtnachricht) Reuter. Die englische Regierung in Kapstadt hat den Generalen Dewet u. Gobler, die beide Mitglieder der von dem Kongreß in Bloemfonteine ernannten journalistischen Deputation sind, die nach Europa fahren soll, um der Friedenskonferenz Vorschläge für ein unabhängiges Südafrika vorzulegen, die Pässe verweigert.

Zur Lage in Ungarn.

Budapest, 29 Januar. Ungarisches Telegr.-Korr.-Büro. Der Arbeiterrat hielt Dienstag abend eine Sitzung ab, in welcher folgender Antrag angenommen wurde:

1) Die Anhänger der Kommunistenpartei werden aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, und wenn sie die Ordnung stören, auch aus den Gewerkschaften. Dem Arbeiterrat können sie nicht angehören.

2) Die Regierung möge mit den energischsten Mitteln gegenrevolutionären Bestrebungen entgegentreten und die Führer der Gegenrevolution und alle Schuldigen des alten Systems mit unbarmherziger Schonungslosigkeit vor Gericht stellen.

3) Die Regierung möge auch den Preistreibern, Kettenhändlern und Warenversteckern gegenüber schonungsloseste Mittel in Anwendung bringen.

Bolschewismus in der Ukraine.

London, 29. Januar. Reuters Sonderberichterstatter in der Ukraine meldet unter dem 24. Januar: Der Wortlaut der kürzlich von dem Direktorium in Kiew veröffentlichten Verlautbarungen, der gerade hier eingetroffen ist, rechtfertigt die gegen die sogenannte nationalistische Bewegung erhobene Anklage, daß sie nichts anderes sei als ein nationaler Bolschewismus. Beiläufig werden jedem Anhänger von Petljura 25 Deßjatinen Land angeboten, falls er sich beim Heere stellt. Die Streitkräfte Petljuras haben die Blockade von Odessa aufgehoben, und die Franzosen halten die Kiewer Hauptlinie von Kiew nach Kischinew besetzt. Sie haben ebenfalls die Zone ihrer Besetzung ungefähr in der gleichen Entfernung östlich in der Richtung auf Nikolajew ausgedehnt.

Eine griechische Streitmacht, die aus Saloniki hier eingetroffen ist, operiert gemeinsam mit den Franzosen.

Bolschewistische Agenten versuchen heimlich Kundgebungen in französischer und englischer Sprache unter den Land- und Seestreitkräften der Alliierten zu verteilen, aber die bolschewistischen Bemühungen sind so berüchtigt, daß sie fast immer verhöhnt werden.

Aus der Geschichte der Friedenskongresse.

Der Versailler Friedenskongreß, der jetzt über die Neugestaltung des politischen Weltbildes berät, hat eine lange Reihe berühmter Vorgänger, die wie er an den Wendepunkten der Geschichte stehen. Der Name Kongreß taucht für eine den Friedensschluß beratende Versammlung zum ersten Mal im Jahre 1636 auf, als der Papst mitten in den Greueln des Dreißigjährigen Krieges versuchte, durch seine Vermittlung Friedensberatungen in Köln zustande zu bringen. Er berief damals die kriegführenden Mächte zu einem Friedenskongreß; freilich ohne Erfolg. Erst am 25. Dezember 1641 wurden die Präliminarien von Hamburg unterzeichnet, die einen Friedenskongreß nach Münster und Osnabrück berufen sollten; der Kongreß sollte abwechselnd in beiden Städten tagen, da der Hauptvertreter der katholischen Partei, der französische Gesandte in Münster residierte, während der Hauptvertreter der Protestanten, der schwedische Gesandte, seinen Wohnsitz in Osnabrück genommen hatte. Unendliche Formalitäten zogen in diesem Zeitalter der Zeremonien den Zusammentritt des Kongresses bis in den Juni 1645 hin, und erst am 24. Oktober 1648 brachte der sog. Westfälische Frieden wieder Ruhe in Deutschland. Der Friedenskongreß von Münster, den der Maler Terborch in einem prachtvollen Bilde dargestellt hat, war die glänzendste Versammlung von Diplomaten, die die moderne bis dahin gesehen. Frankreich und Schweden, das Deutsche Reich und Spanien sowie der Papst waren durch hervorragende Männer vertreten. Der Name Kongreß wird dann wieder den Friedensverhandlungen von Nimwegen 1678 beigelegt; nicht ohne Widerspruch. Der damals lebende französische Historiker de Rouille wendete sich energisch dagegen, diese diplomatischen Zusammenkünfte Kongresse zu nennen, denn der Ausdruck sei „unpassend und dunkel“; er stamme von einer veralteten Form der Kirchenversammlungen her und trage ein fremdes Element in die moderne Zeit. De Rouille drang mit diesem Protest nicht durch. Die wichtigsten weltpolitischen Versammlungen der führenden Staatsmänner wurden auch weiter Kongresse genannt. Dem Kongreß von Nimwegen, auf dem England zum ersten Mal handelnd in die Politik des europäischen Kontinents eingriff, folgte der Kongreß von Ryswick 1697, auf dem sich die große Liga von England, Holland und Oesterreich gegen Frankreich zusammenschloß. Die großen Kämpfe zwischen diesen Mächten fanden dann ihren Abschluß in dem Kongreß von Utrecht 1712, auf dem alle kriegführenden Staaten mit Ausnahme des Königs von Spanien durch hervorragende Diplomaten vertreten waren. Die späteren Kongresse des 18. Jahrhunderts, der von Soissons 1727, bei dem der allmächtige Premierminister Ludwigs 15. in eigener Person erschien, und der von Aachen 1748 bestätigten nur die Ergebnisse der früheren Kongresse. Der Kongreß von Teschen 1779 der das Ende des bayerischen Erbfolgekrieges brachte, verdient diesen Namen kaum, und auch der einzige Kongreß, der während der Revolutions- und napoleonischen Kriege zustande kam, der Kongreß von Rastadt 1797—1799 war nur eine untergeordnete Verhandlung zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich und verdankt seine geschichtliche Berühmtheit hauptsächlich der geheimnisvollen Ermordung der französischen Gesandten bei der Rückfahrt. Der „Kongreß der Kongresse“ ist der Wiener Kongreß, auf dem das durch Napoleon gehörig durcheinander gerüttelte Staatenbild wieder notdürftig in Ordnung gebracht wurde. Die Zusammenkunft der glänzendsten Persönlichkeiten und hervorragendsten Staatsmänner jener Zeit sowie der prunkvolle Verlauf dieses Kongresses, der „tanzte, aber nicht vorwärts kam“, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der eigentliche Zweck der Versammlung nur mangelhaft erfüllt wurde. Die Gesamtheit der hier versammelten Vertreter ist nie zu einer Sitzung zusammengetreten, sondern die Geschäfte wurden durch Komiteesitzungen der fünf Großmächte erledigt. Zum ersten Mal erscheinen hier auf einem Friedenskongreß die Herrscher in höchst eigener Person, begleitet von ihren ersten Ministern. Diese persönliche Teilnahme der Souveräne blieb dann eine Zeitlang Mode; doch ist sie in neuester Zeit wieder völlig abgekommen. Eine ganze Anzahl von Kongressen, die diesen Namen nur zum Teil verdienen, schließt sich an den Wiener Kongreß an: der von Aachen 1818, der von Karlsbad 1819, der von Troppau 1820, der von Verona 1823, alle nur zu dem Zweck zusammengerufen der Reaktion immer stärkere Gewalt in die Hand zu geben. Ein wirklicher Friedenskongreß großen Stils ist erst wieder 1856 in Paris zur Beendigung des Krimkrieges abgehalten worden, auf ihm trat die Türkei zuerst in die Reihe der Verhandelnden europäischen Mächte ein; vorher war niemals ein Vertreter der Hohen Pforte auf einem europäischen Kongreß erschienen. Oesterreich und Preußen nahmen ebenfalls teil obwohl sie nicht zu den Kriegführenden gehörten. Aus der neuesten Geschichte ist der Berliner Kongreß von 1878, auf dem Bismarck die überragende Rolle spielte sind auch die beiden Friedenskongresse, die die Balkankriege zu einem freilich nur vorläufigen Abschluß brachten, noch in aller Erinnerung.

Stadttheater.

Gastspiel von Inge van der Straaten in „Dreimäderlhaus“. Fräulein Inge van der Straaten ist von ihrer Tätigkeit an unserer Bühne im vorigen Winter noch in angenehmer Erinnerung. Ihr überschäumendes Temperament verleitete sie zwar manchmal zu Uebertreibungen, übte aber eine alles belebende Wirkung aus, der sich weder ihre Mitspieler noch die Zuschauer zu entziehen vermochten. Dieser Einfluß war in ihrem gestrigen Gastspiel, zu dem sie aus Stettin nach Thorn gekommen war, wiederum deutlich zu verspüren. Auch gesanglich bot sie in der Rolle des Hannerl eine beachtenswerte Leistung, die in dem ausverkauften Hause lebhafte Anerkennung fand. Die übrigen Mitwirkenden zeigten sich ihrer Aufgabe völlig gewachsen, wie das nach der vorgestrigen Aufführung nicht anders zu erwarten war.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 31. Januar 1919.

Das Endergebnis aus den Preußenwahlen in den westpr. Kreisen.

Kreis	Schröder (Unabhäng.)	Schmiljan (Demokrat)	Werde (Sozialb.)	Behrendt (Zentrum)	Weißermel (Dtsch.-nat.)
Danzig Stadt	6 649	25 319	33 596	17 08[illegible]	15 455
Elbing Stadt	11 700	7 307	6 64[illegible]	3 335	2 678
Graudenz Stadt	78	7 091	8 536	1 752	2 527
Thorn Stadt	108	4 005	3 805	789	5 327
Berent	—	4 605	1 90[illegible]	340	2 992
Danziger Höhe	601	3 167	7 5[illegible]9	4 860	3 224
Danz.-Niederung	219	1 839	7 15[illegible]	677	2 889
Dirschau	59	4 280	3 313	1 871	1 995
Elbing Land	1 574	2 300	4 543	1 793	3 318
Karthaus	6	2 542	1 540	1 157	2 528
Marienburg	497	4 955	9 368	4 0[illegible]6	5 933
Neustadt	199	4 249	2 975	4 400	4 635
Putzig	—	695	1 42[illegible]	1 081	1 231
Pr. Stargard	3	3 363	1 090	541	2 134
Briesen	3	4 653	487	137	4 114
Culm	26	51[illegible]0	1 365	352	3 672
Flatow	157	15[illegible]1	4 061	2 734	10 480
Graudenz Land	—	1 095	803	24	1 091
Konitz	—	2 569	2 616	5 372	1 739
Dt. Krone	43	2 187	5 832	10 645	8 650
Löbau	5	1 416	719	343	2 704
Marienwerder	52	5 522	5 957	12[illegible]9	6 443
Rosenberg	1	6 971	9 415	895	6 246
Schlochau	12	2 407	6 577	6 934	7 076
Schwetz	9	8 480	3 920	511	6 265
Strasburg	100	5 302	782	346	3 358
Stuhm	585	1 923	3 458	2 876	2 396
Thorn Land	7	4 325	1 651	171	4 644
Tuchel	—	910	784	948	1 815

— **Thorn im Belagerungszustand.** Mit dem heutigen Tage ist über unsere Stadt der Belagerungszustand verhängt worden. (Näheres siehe im Anzeigeteil).

— **Evangelische Geistliche als Abgeordnete.** Zu parteipolitischen Propagandazwecken wird vielfach die Behauptung aufgestellt, es stellten sich die evangelischen Geistlichen landauf und landab so gut wie ausschließlich den völlig rechtsstehenden Parteien zur Verfügung. Daß dies nicht zutrifft, mag eine kurze Zusammenstellung von Kandidaten, sei es für einzelne Landesversammlungen, sei es für die Nationalversammlung, erweisen, die selbstverständlich nicht entfernt Anspruch auf Vollzähligkeit machen kann. Die angeführten Namen sind lediglich Angaben einiger uns vorliegenden Blätter aus den letzten Tagen entnommen. In die Württembergische Landesversammlung wurden gewählt: seitens der demokratischen Partei: Regierungsdirektor Dr. Hieber (Theologe, früher Vorsitzender des Landesverbandes des Evangelischen Bundes), Stadtpfarrer Esenwein, Stadtpfarrer Lamparter, in die Bürgerpartei: Professor D. von Wurster Thübingen, Stadtpfarrer Wurm, Schriftleiter Dr. Pleißwänger (ehem. Theologe). Aus Baden wurden bisher nur zwei Kandidaten der deutschnationalen Volkspartei bekannt: Oberkirchenrat Meyer und Pfarrer Karl; aus Meiningen der Landtagskandidat der sozialdemokratischen Partei Pfarrer Dr. Vogel. Auf der Liste der Kandidaten für die preußische Landesversammlung standen neben Generalsuperintendent D Reinhard-Danzig u. a. in Berlin von der deutsch-nationalen Volkspartei Pfarrer Koch und Lic. Dr. Rump, von der deutschen Volkspartei D. Stock und D. Freitag; von der demokratischen Volkspartei Professor D. Troeltsch und Pfarrer Runze: in Potsdam von der deutsch-nationalen Volkspartei Garnisonpfarrer Dr. Otto, von der demokratischen Volkspartei Pfarrer Graue und Frl. Dr. von Harnack; in Frankfurt a/O. von der deutschnationalen Volkpartei Dr Bronisch, in Breslau Pastor prim. Kreusel; in Dortmund Pastor Bartels; in Kiel von der demokratischen Volkspartei Professor Dr. Baumgarten. — Kandidaten für die Nationalversammlung waren u. a. in Berlin von der deutschen Volkspartei Pfarrer Stock, von der Christlichen Volkspartei Pfarrer Haecker; in Potsdam von der deutsch-nationalen Volkspartei D. Traub (gewählt) von der Deutschen Volkspartei Pfarrer Luther. In der Wählerpropaganda sind für die sozialdemokratische Partei als Redner u. a eingetreten: In Berlin Pfarrer von Goßler (U. S.) und Pastor Franke (U. S.); in Berlin-Schöneberg Pastor emer. Keßler, in Nieder-ingelheim (Hessen) Pfarrer Kosell, in Breslau P. Zimmermann.

— **Ernste Folgen der Unterernährung der Großstadtkinder.** Bekanntlich hat bereits in den Vorjahren der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ als behördlich beauftragte Reichszentrale unter Mitwirkung der Stadt- und Landkreise sowie einer großen Anzahl gemeinnütziger Verbände und Vereine die Unterbringung von erholungsbedürftigen, unterernährten Kindern aus den Großstädten und

Industriebezirken auf das Land durchgeführt. Im Jahre 1917 konnte mehr als einer halben Million, im Jahre 1918 trotz der schwieriger liegenden Verhältnisse dank der Opferwilligkeit der Landbevölkerung etwa 300 000 Kindern die Wohltat eines Landaufenthalts zuteil werden. Nach den amtlichen Feststellungen des Reichsgesundheitsamts sind die Folgen der langjährigen Unterernährung besonders bei den Kindern geradezu katastrophal. Nicht nur Tuberkulose, Skrophulose, Epilepsie, Verdauungsstörungen, englische Krankheit und Blutarmut haben in erschreckendem Maße zugenommen, sondern auch die Zahl der Sterbefälle ist ungeheuer gewachsen. Bei den Kindern im Alter von 1 – 15 Jahren ist die Sterblichkeitsziffer um das doppelte gegen früher gestiegen. Hinzu kommen die schweren Schädigungen des kindlichen Nervensystems infolge der Aufregungen der Kriegszeit und der Revolutionsvorgänge. Da eine Milderung der grausamen Hungerblockade nicht eingetreten ist und in absehbarer Zeit an eine grundlegende Aenderung der Verhältnisse noch nicht zu denken ist, hat das Reichsgesundheitsamt die unbedingte Fortsetzung der Arbeiten des Vereins als dringender denn je gefordert, da gerade ein mehrwöchiger Landaufenthalt nach den bisherigen Erfahrungen am besten geeignet ist, erholungsbedürftige, unterernährte Kinder gegen die ihnen drohenden Gefahren widerstandsfähiger zu machen und dadurch einem weiteren Umsichgreifen der Erkrankungen vorzubeugen. Dadurch hat jetzt das Ministerium des Innern im Benehmen mit dem Kultusministerium und Landwirtschaftsministerium durch Erlaß vom 18 Januar 1919 wiederum, wie in den Vorjahren, den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" mit der Durchführung der erforderlichen Vorbereitungsarbeiten betraut und ihm jede nur mögliche Förderung seiner Arbeiten zugesagt. „Obwohl wir", so heißt es in dem Erlaß, „die mannigfachen Schwierigkeiten, die einer großzügigen Durchführung des Unternehmens in diesem Jahre entgegenstehen, nicht verkennen, haben wir uns doch unter dem Zwange der Verhältnisse und um kein Mittel, das die Not der Zeit lindern kann, außeracht zu lassen, entschlossen, den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" auch künftighin die nachhaltigste behördliche Förderung seiner Arbeiten angedeihen zu lassen, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Landbevölkerung dem Notruf für unsere Jugend wiederum Ohr und Herz öffnen wird. Dem Erlaß sind Richtlinien beigegeben, die nach den Vorschlägen des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder" auf Grund der Erfahrungen des abgelaufenen Jahres festgelegt sind und bei der Durchführung der Arbeiten, insbesondere der Werbetätigkeit usw. richtunggebend sein sollen. Sie lehnen sich im wesentlichen an die vorjährigen Richtlinien an. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sich, angesichts der ernsten Lage, alle Kreise, die bisher zu dem Gelingen des Unternehmens tatkräftig beigetragen haben, auch in diesem Jahre wieder bereitwillig für die vaterländische Sache einsetzen werden, denn wir müssen alles daran setzen, uns einen gesunden und kräftigen Nachwuchs zu sichern. Auf unserer Jugend ruht unsere Zukunft!

— **Störungen im Elektrizitätswerk.** Am Donnerstag nachmittag trat durch einen Schaden am Windgebläse einer Hauptkesselgruppe, wodurch die Dampferzeugung im Elektrizitätswerk geschwächt wurde, eine Störung ein, sodaß zeitweilig Teile des Licht- und Kraftnetzes und die Straßenbahn außer Betrieb gesetzt werden mußten. Die Verwaltung glaubt, den Schaden bis spätestens morgen beheben zu können.

— **Deutsche demokratische Partei.** Am Sonnabend abends 8 Uhr findet im großen Saal des Schützenhauses eine Mitglieder-Versammlung statt, als einziger Punkt steht die Besprechung über die Bedeutung unserer diesmaligen Stadtverordnetenwahlen auf der Tagesordnung. Diese Wahlen haben mit Rücksicht auf die polnischen Wünsche jetzt eine besonders große Bedeutung und werden für unsere deutsche Friedenspolitik wohl auch auf der Friedenskonferenz eine Rolle spielen.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Sonnabend, den 1. Februar 1919: Fortdauernd Ostwind, dauernder Frost.

Zu den Vorgängen in Culmsee

wird uns von dort noch ergänzend berichtet:

h. Culmsee, 29. Januar. Am 28. Januar verlangte eine Marschkolonne des Grenzschutzes Ost Einzug in die Stadt Culmsee. Die durch polnische Hetzer aufgestachelten Bürger setzten die Quartiermacher, einen Offizier und fünf Mannschaften fest, rissen dem Offizier die Achselstücke herunter und mißhandelten ihn. Bald darauf ging ein Trompeter durch die Straßen, Signale blasend, und alarmierte sofort die hier gegründete polnische Wehr, die, mit Infanteriegewehren und Seitenmessern ausgerüstet, recht lebhaft die Straßen durchlutete. Zuerst ging es im Geschwindschritt die Thorner- und dann die Kulmer-Straße entlang. Während dieser aufgeregten Zeit entkamen die inhaftierten Grenzschutzsoldaten und erreichten ihre Truppe, trotzdem sie mit einem Automobil verfolgt wurden. Da viele polnischen Bürger von dem Einmarsch des Grenzschutzes nichts wissen wollten und ihm bewaffnet entgegentraten, erfolgte die Beschießung der Stadt mit leichtem Geschütz. Ein Stoßtrupp drang nach kurzem Feuergefecht in die Stadt hinein und besetzte sie gegen 7 Uhr abends. Bald war vollständige Ruhe vorhanden. Leider sollen bei den Kämpfen einige Menschen getötet und mehrere verwundet sein. Diese setzten sich besonders aus jenen zusammen, die aus Neugierde ihre schützenden Wohnungen verließen. Auch zwei Schulkinder sind verletzt, die trotz des Einspruchs der Lehrer auf Veranlassung eines Soldaten die Schulräume verließen. Unter den friedliebenden Bürger der polnischen sowie der deutschen Bevölkerung erregte die große Menge Infanteriegewehre, die an polnische 16- bis 17jährige Jünglinge verteilt worden waren, großes Erstaunen und große Erregung. Der Belagerungszustand ist über Culmsee verhängt. Sämtliche Bürger sind aufgefordert worden, ihre Waffen auszuliefern.

Briesen. In der Stadtverordnetensitzung wurde der Ankauf eines Dieselmotors für das städtische Elektrizitätswerk beschlossen. Da für einen solchen genügender Betriebsstoff vorhanden ist, hofft das Werk, nach der Aufstellung desselben elektrische Energie wieder wie in normalen Zeiten abgeben zu können. — Versetzt. Der Vorstand des hiesigen staatlichen Hochbauamts, Regierungsbaumeister Dr. Nawrowski, ist zum 1. Februar an die Regierung in Hannover versetzt.

Berent. Erschossen. Von Wilderern erschossen ist Sonnabend abend der Förster Steffens aus Englershütte in seinem Revier, Forstbelauf Potluhn. Steffens hat den Krieg von Anfang bis zuletzt mitgemacht und war Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse.

Braunsberg. Für die Volkswehr haben sich hier in kurzer Zeit bis jetzt 109 Personen gemeldet. Unter den Freiwilligen befinden sich Superintendent Ernst Graemer in Braunsberg, Pfarrer Eduard Gehrmann aus Schalmey (Braunsberg), Pfarrer Adolf Benrath in Frauenburg und Dompropst Sander in Frauenburg.

Schneidemühl. Ein ausgedehnter Brand vernichtete einen großen Schuppen des hiesigen Militär-Paketamtes. Ein zweiter Schuppen konnte durch Eingreifen der Feuerwehr zum größten Teil gerettet werden. Das Feuer ist anscheinend in der Wachstube oder in deren Nähe ausgekommen. Es wird Brandstiftung vermutet. Mehrere Personen sind in Haft genommen. Der Schaden wird auf 70 Tausend Mark geschätzt.

Witkowo. Die polnische Sprache im Unterricht ist durch Verfügung des Landrats v. Mukolowski im ganzen Kreise in allen Schulen mit polnischen Kindern von Mitte d. Mts. ab eingeführt worden. Wo deutsche Lehrkräfte vorhanden sind, ist nach dem polnischen Unterricht auf der Mittel- und Oberstufe täglich eine Stunde Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen.

Aus aller Welt.

Beaufsichtigung des gesamten Welthandels durch den Völkerbund.

Der frühere englische Blockademinister Lord R. Cecil hat jüngst an das Parlamentsmitglied H. Thomas einen Brief gerichtet, der sich mit der wirtschaftlichen Seite des künftigen Völkerbundes befaßt und dessen Inhalt in englischen wie französischen Geschäftskreisen außerordentliches Aufsehen erregt. Danach soll sich der Völkerbund nicht nur auf die Regelung der internationalen politischen Beziehungen erstrecken, sondern auch die Bedingungen feststellen, unter denen der internationale Warenaustausch zu erfolgen hat. Alle sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Streitfragen sind von ihm friedlich zu schlichten. Mit andern Worten, der Völkerbund hat sich in Zukunft mit dem gesamten Welthandel zu befassen. Er würde nicht nur die Rohstoffe und Lebensmittel unter die einzelnen Nationen zu verteilen haben, sondern sogar die Fabrikate. Er hätte den internationalen Verkehr zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu regeln. Der ganze internationale Telegramm-, Post- und radiographische Verkehr, ebenso der Verkehr auf bestimmten Eisenbahnlinien und Flüssen würde unter seine Kontrolle fallen. Der Völkerbund allein würde auch für eine einheitliche internationale Regelung der Arbeiterfragen zuständig sein.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Brief dadurch zu, daß der Verfasser amtlicher Vertreter der englischen Regierung auf der Friedenskonferenz sein wird, demnach seine Ausführungen nicht nur als abwegige Ansichten eines — wenn auch sachverständigen — Privatmannes einzuschätzen sind, sondern wohl angenommen werden darf, daß er sie nicht veröffentlichen würde, wenn er nicht wüßte, daß sie — wenigstens im allgemeinen — sich der Sympathie auch weiterer maßgebender Kreise Englands erfreuen.

Das Programm der Polarforscher.

† Die Pläne der Polarforscher ruhen auch in diesem Jahre, wie in einem französischen Blatte ausgeführt wird, nicht. So beabsichtigt Amundsen, der die norwegische Fahne auf dem Südpol aufgepflanzt hat, an Bord seines neuen Schiffes „Maud" das riesige Eisfeld zu überqueren, das auch Nansen mit der „Fram" erreichte, um den Nordpol zu gewinnen. Peary bereitet sich vor, von Port Columbia aus mit dem Kapitän Bartlett im Flugzeug aufzusteigen und einen Weg über Sibirien zu gewinnen. Stefansson endlich hat es sich vorgenommen, den Nordpol im Unterseeboot zu erreichen und hofft dabei auf mehr Glück, als es sein schon sehr phantastischer und entfernter Vorläufer, der Jules Vernesche Kapitän Nemo hatte, der trotz aller Phantasie seines Erfinders den Südpol nicht erreichte. Die Polarforscher und zwar gerade die berühmtesten, haben sich also für dieses Jahr ein großzügiges Programm gesteckt.

Neueste Nachrichten.

Wiederherstellung der Tunnelbahn in Konstantinopel.

Berlin, 30. Januar. (Dr) Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa hat der Entente angeboten, die in Konstantinopel durch Kabelbruch außer Betrieb gesetzte Tunnelbahn durch Uebersendung eines in Deutschland liegenden neuen Kabels wieder betriebsfähig zu machen.

Amtliche städtische Bekanntmachungen.

Thorn. **1. 2. 1919**

Der Wahlausschuß für die Wahl zur deutschen Nationalversammlung im 2. Wahlkreis hat in der heute stattgefundenen öffentlichen Sitzung auf Grund der eingegangenen Wahlprotokolle folgendes Ergebnis festgestellt

Es sind gültige Stimmen abgegeben worden

a) für Wahlvorschlag	Leu	28 189
b) „ „	Gehl	161 075
c) „ „	Weinhausen	158 508
d) „ „	Schümmer	79 041
e) „ „	Schultz	127 411

Es entfallen demnach auf

Wahlvorschlag	Leu	0 Sitze
„	Gehl	4 „
„	Weinhausen	3 „
„	Schultz	3 „
„	Schümmer	1 Sitz.

Nach der Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen sind hiernach gewählt:

Vom Wahlvorschlag Gehl:

1. Parteisekretär Julius Gehl, Danzig
2. Stadtverordneter Hermann Schultz, Elbing
3. Sekretärin Anna Simon, Brandenburg a. H.
4. Gewerkschaftssekretär Walter Reek, Danzig.

Vom Wahlvorschlag Weinhausen:

1. Schriftsteller Friedrich Weinhausen, Berlin-Steglitz
2. Schulvorsteherin Katharina Kloss, Danzig
3. Vorsitzender des Gewerkvereins der Metallarbeiter Wilhelm Gleichauf, Berlin.

Vom Wahlvorschlag Schultz:

1. Landgerichtsrat Georg Schultz, Bromberg
2. Schriftstellerin Dr. Käthe Schirrmacher, Danzig
3. Rittergutsbesitzer Dr. Gustav Roesicke, Görsdorf bei Dahn i. d. Mark.

Vom Wahlvorschlag Schümmer:

Arbeitersekretär Wilhelm Schümmer, Danzig.

Danzig, den 25. Januar 1919.

Der Wahlkommissar des 2. Wahlkreises für die Wahlen zur deutschen National-Versammlung.
von Lieberman.

Veröffentlicht.

Thorn, den 30. Januar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Reichsregierung hat unter dem 23. 12. 18 eine Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sowie Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten herausgegeben.

Darnach sind in allen Betrieben, Verwaltungen und Büros, in denen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter bezw. Angestellte beschäftigt werden, Arbeiter oder Angestelltenausschüsse zu errichten. Auch die Betriebe, in denen bisher ständige Arbeitsausschüsse oder Arbeitervertretungen gemäß § 131h der Gewerbeordnung bestanden und deshalb Arbeiterausschüsse nach § 11 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst nicht errichtet worden sind, fallen unter diese neue Verordnung.

In allen Betrieben, in denen nach § 11 des vorgenannten Gesetzes ständige Arbeiter- oder Angestelltenausschüsse bestehen, sind die Mitglieder dieser Ausschüsse und die Ersatzmänner neu zu wahlen.

Unter diese Verordnung fallen auch alle Betriebe, Verwaltungen und Büros des Reichs, der Bundesstaaten, der Gemeinden und der Kommunalverbände.

Alle zur Stadtgemeinde Thorn gehörenden Arbeitgeber, Unternehmer, Betriebe, Verwaltungen und Büros, bei denen die genannte Verordnung zutrifft, werden daher aufgefordert, die Wahl der Arbeiter- bezw. Angestelltenausschüsse umgehend vorzunehmen und vom Geschehenen dem Magistrat, Dem.-Ausschuß, Kenntnis zu geben.

Die einzelnen Bestimmungen über die Wahl der Ausschüsse usw. können im Rathaus, Zimmer Nr. 1 eingesehen werden.

Thorn, den 28. Januar 1919

Magistrat,
Demobilmachungs-Ausschuß.

Die fälligen Staats-, Gemeindesteuern, Gebühren, Beiträge, Schulgelder und Kirchensteuern für das 4. Vierteljahr 1918 sind zur Vermeidung der Zwangsbeitreibung bis spätestens den

15. Februar 1919

unter Vorlegung der Ausschreibungen an unsere Steuerkasse im Rathause, Zimmer 31, während der Vormittagsdienststunden zu zahlen.

Der Betrag kann auch außer bei unserer Steuerkasse eingezahlt werden:

1. auf das Postscheck-Konto Nr. 1771 — Postscheckamt Danzig — des Magistrats Thorn.
2. bei der Reichsbankstelle hier auf das Reichsbank-Giro-Konto der Stadt-Haupt-Kasse,
3. bei der städtischen Sparkasse,
4. „ „ Deutschen Bank, Filiale Thorn
5. „ „ Ostbank für Handel und Gewerbe
6. „ „ Thorner Vereinsbank

(3.–6.: auf das Konto der Stadt-Haupt-Kasse.)

Größtmögliche Benutzung der im Interesse des bargeldlosen Zahlungs-Verkehrs und der Zeitersparnis getroffenen Einrichtung wird empfohlen.

Besonders umgehende Benachrichtigung des Einzahlers an die Stadt-Hauptkasse über den Zweck der Zahlung unter Angabe der Tagebuch- oder Kassen-Nummer ist zur rechtzeitigen Verbuchung der Beträge und wegen der geordneten Kassenführung unbedingt erforderlich.

Vordrucke zu diesen Benachrichtigungen gibt unsere Stadt-Hauptkasse, Rathaus, Zimmer Nr. 34, unentgeltlich ab.

Der Magistrat, Steuerabteilung.

Durch Bekanntmachung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung FR 850 11. 18 KRA ist die Enteignung der Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Kupferlegierungen, Nickel, Nickellegierungen, Aluminium und Zinn (gemäß Bekanntmachung vom 8. 1. 18 KRA vom 26/3. 18 nebst Nachträgen) aufgehoben worden.

Die angeordneten Zwangsmaßregeln kommen nicht mehr zur Durchführung. Enteignete Gegenstände, z. B. ausgebaute Türdrücker, werden nicht mehr entgegengenommen.

Die zur Ablieferung gebrachten Klavierleuchter werden, soweit noch vorhanden, gegen Erstattung des s. Zt. gewährten Uebernahmepreises in der Metallsammelstelle, Strobandstr. 1, zurückgegeben. Eine Entschädigung für vorgekommene Beschädigungen während der Lagerung wird nicht geleistet. Eigentumsnachweis ist durch Vorlegung eines Musterabrisses oder Grundriß der Unterlagscheiben nebst Schraubenlöchernabstand zu führen.

Anträge auf Rückgabe von anderen abgelieferten Gegenständen sind umgehend einzureichen. Wegen Wagenmangel ist der Abtransport der lagernden Metalle z. Zt. nicht angängig, doch wird ersucht, umgehend das ehemalige Eigentum abzufordern.

Thorn, den 29. Januar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Der Magistrat.

Verlust von Lebensmittelkarten.

Hütet die Brotkarte und Lebensmittelkarte.

Nehmt beim Ausgange nie mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.

Verlust der Marken bedeutet Hunger leiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

Der Magistrat.

Roggenbrot.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß Roggenbrot im Gewicht von mehr als 50 Gramm erst 24 Stunden nach Beendigung des Backens aus den Bäckereien abgegeben werden darf, und daß die Bäcker verpflichtet sind, jegliches Gebäck dem Käufer auf einer bereitgehaltenen Wage bei jedem Kauf vorzuwiegen.

Jede uns zur Kenntnis gelangende Uebertretung werden wir zur strafrechtlichen Verfolgung bringen und gegebenenfalls die Schließung des Betriebes beantragen.

Thorn, den 28. Januar 1919.

Der Magistrat.
Der Arbeiter- u. Soldaten-Rat.

Abgabe von Reisstärke.

Von Montag, den 3 Febr. 1919 können in der städtischen Verkaufsstelle, Windstraße,

125 Gramm Reisstärke

zum Preise von 20.00 Mk für ein Pfund abgefordert werden.

Der Verkauf findet nur gegen Vorlage des Brotkartenausweises und soweit der Vorrat reicht, statt.

Thorn, den 28. Januar 1919.

Der Magistrat.

Vom Donnerstag, den 30. Jan. bis einschl. Sonnabend, den 1. Februar werden

Fracht- und Eilstückgüter zur Beförderung nicht angenommen.

Zugelassen sind nur eilige Lebensmittelsendungen, die als Eilgut oder beschleunigtes Eilgut aufgeliefert werden.

Bromberg, den 28. Januar 1919.

Eisenbahndirektion.

In das Handelsregister ist die Firma **Max Hensel** in Thorn und als Inhaber: Stadtbahnhofswirt **Max Hensel** in Thorn eingetragen worden.

Thorn, den 15. Januar 1919.

Amtsgericht.

In das Handelsregister ist die offene Handelsgesellschaft: **Kaffee Kaiserkrone, Froede & Comp.**, in Thorn mit dem Beginn vom 10. Januar 1919 eingetragen. Gesellschafter sind die Eheleute Kaufmann **Walter Froede** und **Antonie geb. Golz** in Thorn.

Thorn, den 13. Januar 1919.

Amtsgericht

In das Handelsregister B ist bei der Firma Conrad Tack & Co, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Thorn, eingetragen:

Anstelle des verstorbenen Geschäftsführers Oscar Müller in Berlin-Schöneberg ist der Kaufmann Hermann Krojanker zu Berlin zum Geschäftsführer bestellt.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Amtsgericht

In das Handelsregister ist die Firma Philipp Freundlich in Thorn und als ihr Inhaber: Klempnermeister und Kaufmann Philipp Freundlich zu Thorn eingetragen worden.

Thorn, den 23. Januar 1919.

Amtsgericht.

In das Handelsregister ist bei der Firma Landw. Maschinen-Niederlage „Union" Briechle & Vogt in Thorn eingetragen:

Die Firma ist wie folgt geändert: „Union" Grosshandlung landw. Maschinen und Geräte Briechle & Vogt.

Thorn, den 8. Januar 1919.

Amtsgericht.

In das Handelsregister ist die Firma August R. Goergens in Thorn und als ihr Inhaber Kaufmann August R. Goergens daselbst eingetragen worden.

Thorn, den 13. Januar 1919.

Amtsgericht.

Die Firma B. Rosenthal in Thorn ist heute im Handelsregister gelöscht worden.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Amtsgericht.

Haushaltungs- und Gewerbeschule für Mädchen

Abteilung Oderstaatl. Gewerbeschule
Beginn des Sommerhalbjahres am
2. April 1919.

1. Haushaltungskursus,
2. Kochen und Backen,
3. Kursus für Hand- und Maschinennähen,
4. Kursus für Wäscheanfertigung,
5. Kursus für Schneidern,
6. Abendkurse für beruflich tätige Mädchen,
7. Abendschneiderkurse für beruflich tätige Mädchen,
8. Vorbereitungskurse zur Aufnahme in die Seminare für Hauswirtschafts und Handarbeitslehrerinnen,
9. Neu eingeführt: Hauswirtschaftliche Halbjahreskurse für volksschulentlassene Mädchen.

Anmeldungen unter Vorlegung des letzten Schulzeugnisses bis zum 18. März.

Sprechstunden: Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10–12 Uhr.

Die Vorsteherin: L. Stremmler.

Städt. Lyzeum, Oberlyzeum und Mädchenmittelschule II.

Der Unterricht fällt von Sonnabend, den 1. Februar bis Sonnabend, den 8. Februar aus.

Der Oberlyzealdirektor.

Preuss. Klassen-Lotterie.

Die Erneuerungsfrist zur 2. Klasse endigt mit **5. Februar.**

Kauflose vorrätig!

Erdler,
Preuß. Lotterie-Einnehmer,
Breitestraße 22 I.

Deutsche Demokr. Partei.

Ansichtskarten

schwarz — rot — gold, der D. D. P.

10 Stück Mk. 1,50.

Von jeder Karte werden 2 Pfg. dem Wahlfonds der D. D. P. zugeführt.

Alleinvertrieb für Thorn:

W. Becker, Heiligegeiststr. 1.

Auf Grund des § 3 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 erkläre ich, der Gouverneur der Festung Thorn, im Einverständnis mit dem Soldatenrat hierdurch den Befehlsbereich der Festung Thorn vorläufig in den Belagerungszustand.

Ich setze die Artikel 5, 6, 29 und 36 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 für den im Belagerungszustand erklärten Bezirk bis auf weitere Bestimmung außer Kraft und verordne was folgt:

1. Die Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden verbleiben in ihren Funktionen, haben aber meinen Anordnungen und Aufträgen Folge zu leisten.
2. Haussuchungen und Verhaftungen können von den dazu berechtigten Behörden und Beamten zu jeder Zeit vorgenommen werden.
3. Zur Untersuchung und Aburteilung der in den §§ 8—10 des Gesetzes vom 4. 6. 1851 namhaft gemachten Verbrechen und Vergehen wird ein außerordentliches Kriegsgericht eingesetzt, welches mit dem morgigen Tage in Tätigkeit tritt.
4. Sämtliche Wirtshäuser sind um 11 Uhr abends zu schließen. Das Betreten der Straße ist von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens sämtlichen Zivilpersonen nur auf Grund eines vom Militärpolizeimeister ausgestellten Ausweises gestattet.

   Militärpersonen bedürfen zum Betreten der Straßen zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens eines gestempelten Ausweises ihrer vorgesetzten Dienststelle.

   Zusammenrottungen und Versammlungen im Freien und in geschlossenen Räumen sind verboten.

   Das Drucken und Verteilen von Flugblättern ist verboten.
5. Alle Fremden, welche über den Zweck ihres Aufenthaltes sich nicht gehörig ausweisen können, haben den in Belagerungszustand erklärten Bezirk bei Vermeidung der Ausweisung binnen 24 Stunden zu verlassen.
6. Die Verwendung der bewaffneten Macht zur Unterdrückung etwa vorkommender Aufruhrversuche erfolgt nach meinen Befehlen.

Thorn, den 31. Januar 1919.

Für den Soldatenrat. gez. Böhme | **Der Gouverneur.** gez. v. Groddeck, Generalmajor.

Aus dem Felde zurück, nehme meine Kurse für

Tanz- und Anstandslehre wieder auf.

— **Neueste Tänze.** —

Beginn am 11. Februar im Hotel „Drei Kronen". Anmeldungen daselbst und in der Buchhandlung von C. F. Steinert erbeten.

Hans Held, Lehrer der Tanzkunst.

Hüte

zum Waschen und Umformen werden angenommen

Anna Güssow. Breitestr. 16, 1 Tr.

Geflügelbackfutter zu haben bei **Franz Czolbe**, Bäckerstraße 31.

Guter Ton und feine Sitte.

Geschenkband M 5,25, die Kunst des Gefallens 6,40, Tanzlehrbuch 3,35, Klavierschule 7,40, Violinschule 5,60, Zeichenschule 6,50, Traumbuch 2,65 Nachnahme.

L. Schwarz & Co. Verlag, Berlin N. 182, Dresdenerstraße 80.

Günstige Zahlungsbedingungen!

Lanz- und Flöther-Dampf- und Motor-Dreschmaschinen
mit Selbsteinleger, Spreusauger und Bläser, ferner

2 Dreschmaschinen, Fabrikat Ruston-Proctor

54" breit, Trommeldurchmesser 24", Friedensausführung, hat preiswert abzugeben

Maschinenabteilung der Ueberlandzentrale Westpreussen G. m. b. H.
Marienwerder Wpr. — Fernruf 370 75

Zweigstelle und Werkstatt Pr. Holland, Bahnhofstr. 3

Günstige Zahlungsbedingungen!

Sommerhüte

zum Pressen und Färben werden jetzt angenommen.

D. Hanoch Nachf.
Altstädtischer Markt 24.

Helferin

sucht für Thorn oder Umgegend passende Stelle in Apotheke oder Drogerie. Gute Zeugnisse vorhanden. Gefl. Angeb. unter E. K 238 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Goldene Damenuhr

mit Kapsel, Brillantenstein. Dazu eine schwere, goldene, lange Kette billig zu verkaufen. Culmerstr. 2, 1.

Ein neues schwarzes Kostüm, Jacke auf Seide, ein neues eleg. weiß. Seidenkleid, weiße Schuhe u. verschiedene Damengarderobe u. ein Herrenüberzieher billig zu verkaufen.

Altstadt Markt 5, 1.

---

1 Pelz und 1 Pelzdecke

zu verkaufen.

Sultan & Co.

Weisswollener Herren-Sweater
zu verkaufen Philosophenweg 3, pt.

---

1 Sofa, 2 Sessel,
passenden Teppich (taubenblau) u. Messing-Kronleuchter zu verkaufen.
Mellienstraße 6, 2 Tr.

---

10 000 Mark

auf sichere Hypothek zu vergeben. Gefällige Angebote unter S 236 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nähmaschinen

gegen Teilzahlung verkauft
G. Brückmann, Thorn, Schloßstraße 14 II.

Ca. 100 Ztr.

gelbe gesunde Speisewrucken und Sauerkohl

evtl. auch in kleineren Mengen verkauft das

städt. Volksspeisehaus
Thorn, Bachestr. 4.

Kleinholz

liefert frei Haus

Firma Gustav Weese

Bestellungen im Kontor Elisabethstraße 20 I erbeten.

D D P

Deutsche demokratische Partei

Thorn

Mitglieder-Versammlung

am Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr

im großen Saale des Schützenhauses.

Thema:

Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen

Der geschäftsführende Ausschuß.

D D P

Ringkampf im Reichskronensaal.

Am Mittwoch, den 29. Januar war das Resultat folgendes: Der starke Bayer **Rothenfusser** erlag nach 54 Minuten 5 Sekunden im hartnäckigen Kampf. Sieger **Philipp** (Sachsen).

Reichskrone.

Abends ab 6 Uhr:

Tanzkränzchen

Saal im Hof! — Der Wirt.

Conditorei & Café „Monopol"

Ab 1. Februar spielt in meinem Kaffeehaus täglich die

Welzersche Künstler-Kapelle

(5 Personen)

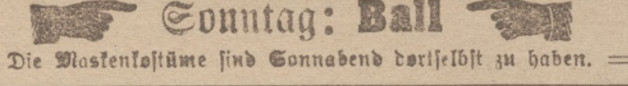
Die Kapelle besitzt ein grosses Notenrepertoir u. ist daher imstande, jeden Wunsch meiner Gäste zu befriedigen.

Viktoria-Park

Sonnabend, den 1. Februar:

Großer Maskenball und Kappenfest

im großen Saal.



Sonntag: **Ball**

Die Maskenkostüme sind Sonnabend dortselbst zu haben.

Bürgergarten.

Sonnabend, den 1. Februar, Anfang 6 Uhr

großes Bockbier- u. Kappenfest

mit verschiedenen Ueberraschungen.

Einen recht gemütlichen Abend versprechend, bittet um zahlreichen Besuch

Weitzmann.

Konditorei und Kaffee Zarucha

Parkstraße 4, am Stadtpark gelegen.

— **Ab 1. Februar:** —

Täglich großes Konzert vom Elite-Damen-Salon-Quartett „Wiener Rosen".

Kapellmeister D. Kugel. — Eintritt frei.

Anfang 6 Uhr. — Sonntags 4 Uhr.

„Fürst Bülow"

Bachau

5 Minuten vom Bahnhof Thorn-Mocker

— **Jeden Sonnabend und Sonntag:** —

Großer Familienball

Musik vom Trompeterkorps des Feldartillerie-Regts. Nr. 81

Gut geheizte Räume. — Kaffee und Kuchen.

Anfang 4 Uhr.

Es ladet freundlichst ein **Kremin.**

Stadt-Theater

Sonnabend, 1. Februar, 7½ Uhr: Ermäß. Preise! Zum letzten Male!

„Der Weibsteufel".

Sonntag, 2. Februar, nachm. 3 Uhr: Ermäß. Preise! Zum letzten Male!

„Die Fahrt in's Glück."

Abends 7¼ Uhr! Zum 3. Male!

„Das Dreimäderlhaus."



Militäranwärter-Verein Thorn.

Am Sonnabend den 1. Februar d. Js.,
7½ Uhr abends,
findet im Schützenhause (altdeutsches Zimmer) die

Hauptversammlung

statt.

Die Tagesordnung umfaßt in der Hauptsache den Geschäfts- und Kassenbericht und die

Vorstandswahl.

Die zahlreiche Beteiligung der Kameraden ist sehr erwünscht.

Der stellvertretende Vorstand.
Krüger

Musik!

Konzert- und Ballmusik jeder Art übernimmt **Trompeter-Korps Feldartl.-Regt. 81**

Aufträge nimmt entgegen
Trompeter Sergt. **Ullrich**
4. Ers.-Bttr. Zimmer 103.

Zahn-Atelier E. Hoernecke,

Neustädtischer Markt 11
Sprechstunden 9—1 u. 2—6 Uhr,
Sonntags 9—12 Uhr.

Fahrrad

mit guter Bereifung kauft

A. Irmer
Fernspr. 21.

Kaufe Geflügelfleischwaren aller Art zu höchsten Preisen. Preisangabe erbeten an Grün, Charlottenburg, Wielandstraße 44, Telefon Steinpl. 8496.

Umständehalber beabsichtige ich von sofort mein

Grundstück

mit Landwirtschaft, schönem Obstgarten und neuen Gebäuden, in Thorn-Mocker, Bahnhofswinkel 4, gelegen, preiswert zu verkaufen.

Preis und Anzahlung nach Uebereinkunft. Weitere Auskunft erteilt

Besitzer August Zerth
Pensau, Kr. Thorn

Ein Hausgrundstück

in der Stadt zu kaufen gesucht. 10 000 Mk. Anzahlung. Gefl. Angeb. unt. H 235 an die Geschst. d. Ztg.

Gut möbl. Zimmer

mit Kabinett zu vermieten. Baderstraße 4 I r. Besichtigung von 11 bis 2 Uhr.

Möbliertes Zimmer

in der Innenstadt, von sofort gesucht. Angebote unter P. F. 39 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kaschorek.

Es ist mir ein

neuer Kahn gestohlen

worden, von Buchta, unterhalb Kaschorek. Der Kahn war hinten und vorne breit. An der Spitze war eine Kette mit flachem Haken. In dem Kahn waren Stellen aus Fichten. Dieselben waren mit eisernen Nägeln beschlagen. Hinten war ein viereckiges Stück eingeschlagen zum Ruderwirbeln.

Wer mir den Kahn nachweist, dem gebe ich 30 Mk. Belohnung.

Modest Wilmanowicz,
Kaschorek, Kr. Thorn.